



## **Postulat Meyer-Jenni Helene und Mit. über eine effektive Koordinations- und Präventionsstelle «Häusliche Gewalt»**

eröffnet am 2. Dezember 2019

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Koordinations- und Präventionsstelle «Häusliche Gewalt» ausreichend mit Ressourcen auszustatten, so dass die bedeutenden Aufgaben auch wirkungsvoll angegangen werden können. Die Stellenprozente sind daher wieder auf den Stand von Anfang 2017 zu bringen, das heisst, um 40 Stellenprozente zu erhöhen.

### Begründung:

Dem Thema häusliche Gewalt kommt leider nach wie vor grosse Bedeutung zu und wurde in der letzten Zeit auch wieder vermehrt diskutiert und in den Fokus gerückt. So wurde in der polizeilichen Kriminalstatistik 2018 schweizweit mit 18'522 Straftaten ein neuer Höchststand im Bereich der häuslichen Gewalt registriert, was einer Zunahme von 8,8 Prozent entspricht. Jede Woche ist eine Person Opfer eines Tötungsversuchs. Letztes Jahr starben 27 Personen, davon 24 Frauen. Jede Person ist eine zu viel; jede Situation verursacht grosses Leid.

Die Situation im Kanton Luzern unterscheidet sich nicht wesentlich von jener in der gesamten Schweiz. So sind die Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt anhaltend hoch (411 Straftaten im Jahr 2018). 2018 mussten, wie auch im Vorjahr, drei versuchte Tötungsdelikte registriert werden. Am häufigsten sind Tötlichkeiten und Drohungen, gefolgt von einfachen Körperverletzungen. Hierbei handelt es sich nur um Straftaten, die zur Anzeige gekommen sind. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der effektiven Straftaten wesentlich höher ist.

Im Frühling 2017 wurden im Kanton Luzern im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2017 (KP17) die Ressourcen für die Koordination und Prävention im Bereich der häuslichen Gewalt im Justiz- und Sicherheitsdepartement um 40 Stellenprozente reduziert (von insgesamt 50 Stellenprozenten), der Sachaufwand wurde um 70'000 Franken vermindert und der Betrag von 27'000 Franken für die Subventionierung der freiwilligen Gewaltberatung gestrichen (vgl. B 55 vom 6. September 2016). In der Folge musste der runde Tisch «Häusliche Gewalt» abgeschafft, Aus- und Weiterbildungen gestrichen und die Koordinations- und Vernetzungsarbeit auf ein Minimum reduziert werden (10 Stellenprozente).

Zur koordinierten und effizienten Umsetzung der Istanbul-Konvention sind die Kantone gehalten, jeweils eine Koordinationsstelle zu bezeichnen (Art. 10 Istanbul-Konvention). Diese soll zur wirkungsvollen und aufeinander abgestimmten Bekämpfung von häuslicher Gewalt und von Gewalt gegen Frauen mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sein, um die regionale und interkantonale Zusammenarbeit gestalten zu können.

Mit den bestehenden 10 Stellenprozenten können diese Aufgaben nicht wahrgenommen werden. Wir fordern den Regierungsrat deshalb auf, die bestehende Mini-Koordinations- und Präventionsstelle wieder auf den Stand von Anfang 2017 zu bringen, das heisst, um 40 Stellenprozente auf wiederum 50 Prozent zu erhöhen. Erst dann kann wieder von einer Erfüllung

der zwingend notwendigen Aufgaben ausgegangen werden, obwohl auch 50 Prozent einer bescheidenen Ausstattung entspricht.

*Meyer-Jenni Helene*

Engler Pia

Setz Isenegger Melanie

Brunner Simone

Agner Sara

Wimmer-Lötscher Marianne

Ledergerber Michael

Roth David

Budmiger Marcel

Schuler Josef

Schneider Andy

Fässler Peter

Muff Sara

Sager Urban

Bucher Noëlle

Kurer Gabriela

Misticoni Fabrizio

Schmutz Judith

Meyer Jörg

Schwegler-Thürig Isabella

Candan Hasan

Zemp Baumgartner Yvonne

Huser Barmettler Claudia

Spörri Angelina

Frey Monique

Koch Hannes